

Informations- Jäger



Interview von
Fabio Lüdi
Bilder von
Florian Spring

Das Öffentlichkeitsgesetz verpflichtet Verwaltungen zu Transparenz – manchmal mehr als ihnen lieb ist. Für den Solothurner Journalisten Lucien Fluri ist das Gesetz ein wichtiges Arbeitswerkzeug. Wir trafen ihn und Martin Stoll, Journalist sowie Gründer des Vereins Öffentlichkeitsgesetz.ch, in Bern zum Interview und sprachen mit den beiden unter anderem darüber, wie auch BürgerInnen dieses Gesetz nutzen könnten.

Kolt In den letzten fünf Jahren erschien im Kanton Solothurn nur eine Handvoll Geschichten, die durch das Öffentlichkeitsgesetz möglich wurden. Die meisten stammen von Ihnen, Lucien Fluri. Warum wird nicht mehr publiziert, ist Solothurn so langweilig?

LF Der hiesige Medienraum ist klein, der Kanton wird von nur einer einzigen Tageszeitung abgedeckt.

MS Das ist im schweizweiten Vergleich schon viel.

LF Gäbe es im Kanton Solothurn mehr Medien-Konkurrenz, gäbe es vielleicht auch mehr solcher Geschichten. Sie brauchen Zeit, vor allem, wenn es zu einem Schlichtungsverfahren kommt. Ich habe auch mal Freizeit drangegeben, das muss man wollen.

Kolt Wie auskunftsfreudig sind die öffentlichen Stellen im neuen Jahrzehnt?

LF Ich habe bisher vor allem im Kanton Solothurn mit dem Öffentlichkeitsgesetz gearbeitet. Die Transparenz wird dort von einem Grossteil der Verwaltung gelebt. Es kommt nur in Einzelfällen zu Schlichtungsverfahren zwischen Medienschaffenden und den Ämtern. Doch solche Verfahren sind nicht nur schlecht: Je mehr davon geführt werden, desto bekannter wird das Öffentlichkeitsprinzip.

MS Es gibt grosse Unterschiede, man kann nicht alle Ämter über einen Leist schlagen. Es gibt solche, die die Chancen des Öffentlichkeitsprinzips erkannt haben und das Gesetz offensiv umsetzen. Und dann gibt es jene Verwaltungseinheiten oder Kantone, die noch auf Tauchstation sind und versuchen, Transparenz zu verhindern. Dieses Verhalten hängt oft von Einzelpersonen ab, die den Schritt vom Geheimhaltungs- hin zum Öffentlichkeitsprinzip noch nicht gemacht haben.

Kolt Wer sind diese Leute?

MS Amtsvorsteher, Chefs von Rechtsdiensten, manchmal ist es die Regierung selbst. In einem Fall war es sogar der Bundesrat. Unser Verein forderte 2013 gemeinsam mit der «Sonntagszeitung» Einsicht in die Beschaffungsstatistik des Bundes. Das Beschaffungswesen ist ein wichtiges – und sehr schweizerisches – Thema, da geht es um Filz und Beziehungskorruption. Die Statistik zeigt, wer die Bundesverwaltung beliefert, angefangen beim Toilettenpapier bis hin zu IT-Dienstleistungen. Der Bundesrat gab dem Bundesamt für Bauten und Logistik aber den

Auftrag, die Herausgabe zu verhindern. Mit diesem Fall gingen wir bis vor Bundesgericht, das uns Recht gab.

Kolt Woher kam dieser Unwille zur Transparenz?

MS Es war ein politischer Entscheid, mit solchen haben wir immer am meisten zu kämpfen. Doch wir nehmen lediglich unser im Öffentlichkeitsgesetz verankertes Recht auf Zugang zu Dokumenten und Informationen in Anspruch. Wird politisch argumentiert, hat das Recht kein Gewicht mehr. Dann werden willkürliche Argumentationen herangezogen. Plötzlich gilt etwas als Geschäftsgeheimnis oder wird unter Verschluss gehalten, weil eine theoretische Möglichkeit besteht, dass der Meinungsbildungsprozess beeinträchtigt werden könnte. Diese Ausnahmen, die das Gesetz tatsächlich vorsieht, werden dann missbräuchlich verwendet.

«Es gibt Ämter, die die Chance erkannt haben und das Öffentlichkeitsgesetz offensiv umsetzen. Und dann gibt es jene, die noch auf Tauchstation sind.»

Kolt Lucien Fluri, kommt Ihnen das bekannt vor?

LF Ja. Als ich 2018 die Gehälter der ÄrztInnen an den Solothurner Spitälern einsehen wollte, musste ich das ganze Schlichtungsverfahren durchlaufen, bevor ich die Informationen erhielt. Von der ersten Anfrage bis zur Publikation dauerte es etwa ein halbes Jahr. Dass Leute die Herausgabe von Informationen verweigern, passiert manchmal auch aus Angst vor schlechter Presse oder aus Angst davor, etwas falsch zu machen, etwa die Persönlichkeitsrechte der involvierten Personen zu verletzen.

Kolt Sie wechselten im Dezember vom Kantonsressort der Solothurner Zeitung in die Bundeshausredaktion. War's das jetzt mit den Solothurner Investigativ-Geschichten von Ihnen?

LF Das weiss ich noch nicht. Ich habe mit meiner Arbeit im Bundeshausressort ja gerade erst angefangen. Ob ich auch in Zukunft noch solche Geschichten auf Kantonebene umsetzen kann, muss sich zeigen. Was ich aber jetzt schon weiss: Im Bundeshaus muss ich die Geschichten schneller

LUCIEN FLURI (36)

Lucien Fluri (Bild auf Seite 42) ist in Solothurn aufgewachsen und studierte Latein und Geschichte an der Universität Basel. Von 2011 bis 2013 absolvierte er die Journalismusschule MAZ in Luzern. 2014 erhielt der heute 36-Jährige den Medienpreis Aargau/Solothurn. Fluri arbeitet seit acht Jahren bei CH Media, zuerst als Volontär, später als Kantonsredaktor bei der Solothurner Zeitung/Oltner Tagblatt, bevor er letzten Dezember in die Bundeshausredaktion wechselte. Seine grössten Investigativrecherchen, die er im Kanton Solothurn mithilfe des Öffentlichkeitsgesetzes umsetzte, betrafen die Aufdeckung der hohen Kaderarztlöhne an den kantonalen Spitälern 2018 und die unanständig tiefe Entlohnung von PraktikantInnen in einigen Kindertagesstätten 2019.

umsetzen als im Kanton, die Konkurrenz ist grösser. Den Wechsel ins Bundeshaus habe ich bewusst gemacht. Einerseits, weil ich sehr politikinteressiert bin, andererseits weil ich acht Jahre im Kantonsressort gearbeitet habe. Das ist lange in der schnelllebigen Medienbranche.

«Laut Bundesgesetz hat jede Person das Recht auf Zugang zu Verwaltungsdokumenten. Sie muss nur ein entsprechendes Gesuch einreichen.»

Kolt Ihr Verein stellt Solothurn generell ein gutes Zeugnis aus, Martin Stoll. Der Kanton befinde sich in einer guten Ausgangslage, weil die Sitzungen des Regierungs- und Gemeinderats öffentlich sind. Zudem gibt es im Kanton Solothurn eine offiziell beauftragte Person, die bei Fragen zum Öffentlichkeitsprinzip zwischen den Ämtern und Antragsstellern vermittelt. Ist Solothurn ein Leuchtfeuer der Transparenz?

MS Tatsächlich spielt die Dynamik des Öffentlichkeitsprinzips im Kanton Solothurn gut. Auf der einen Seite gibt es JournalistInnen, die Zugangsgesuche stellen und so mithilfe des Öffentlichkeitsgesetzes Geschichten umsetzen. Gegenüber den Ämtern das Recht auf Information einzufordern ist wichtig, um dort einen Transparenz-Prozess in Gang zu bringen. Auf der anderen Seite gibt es die Beauftragte für Information und Datenschutz, die zwischen den Ämtern und den Antragsstellern – also Medien und Privatpersonen – vermittelt. Sie organisiert klärende Gespräche, zeigt den Ämtern aber auch, wie die Rechtspraxis aussieht. So entsteht die Einsicht, dass Transparenz gewährt werden muss.

LF Stimmt, diese Schlichtungsstelle ist extrem wichtig. Ihretwegen kommt es oft erst gar nicht zu einem Schlichtungsverfahren, weil die Ämter von sich aus bei ihr anklopfen. Obwohl die Stelle offiziell bei der Staatskanzlei angesiedelt ist, hat sie sich als unabhängig erwiesen. Sie lässt sich nicht von den Ämtern für deren Sache vereinnahmen. Die öffentlichen Sitzungen des Regierungsrates darf man aber nicht überhöhen. Bei den Geschäften, die sie dort behandeln, ist alles schon vorbesprochen, der tatsächliche Erkenntnisgewinn daraus ist gering.

Diese heraufbeschworene Öffentlichkeit, die sich angeblich aus dem freien Zugang zu den Regierungsratssitzungen ergibt, ist ein wenig Folklore.

Kolt Grundsätzlich: Wieso müssen öffentliche Ämter überhaupt von der Transparenz-Idee überzeugt werden?

MS Früher galt das Geheimhaltungsprinzip, das über Generationen von Beamten weitergegeben wurde. Das ist noch nicht so lange her. Vor 100 Jahren galt beispielsweise noch das Budgetgeheimnis. Die Ämter mit ihren Verwaltungen gingen in einem sehr abgeschotteten Rahmen ihren Geschäften nach. Eine solche Verwaltung hat Macht. Und wenn sie sich über die Schultern blicken lassen muss, dann gibt sie ein Stück dieser Macht ab. Sie muss sich einer öffentlichen Diskussion über ihre Entscheide und ihr Handeln stellen. Aufgrund ihrer Geschichte ist das für eine Verwaltung ein schwieriger Schritt, denn ihr Leben wird dadurch auch ein Stück komplizierter. Unter dem Strich resultiert daraus aber eine Chance: Nachvollziehbare Verwaltungsentscheide stossen in der Bevölkerung auf grösseres Verständnis.

Kolt Martin Stoll, wenn ich Ihre Äusserung letztes Jahr im Magazin «Schweizer Journalist» richtig verstanden habe, kriegen JournalistInnen bald Konkurrenz von den LeserInnen. Der Verein wolle seine Fühler in Richtung Zivilgesellschaft ausstrecken. Was meinten Sie damit?

MS Das Öffentlichkeitsgesetz ist nicht nur ein Gesetz für Medienschaffende. Laut Bundesgesetz hat jede Person das Recht auf Zugang zu Verwaltungsdokumenten. Sie muss nur ein entsprechendes Gesuch an die jeweilige Behörde stellen. Die Grenzen zwischen professionellem Journalismus und Bürgerjournalismus verschwimmen ausserdem zunehmend. Es ist heute einfach, Inhalte zu transportieren. Als Verein könnten wir uns vorstellen, beispielsweise mit Schulklassen zu arbeiten oder vermehrt auch Non-profit-Organisationen oder Bürgerinitiativen zu unterstützen, um ihnen das Knowhow zur Informationsbeschaffung zu vermitteln.

Kolt Sie wollen den nächsten Generationen also beibringen, wie sie sich am einfachsten einen persönlichen Vorteil verschaffen können?

MS Es ist das öffentliche Interesse, das beim Öffentlichkeitsprinzip im Zentrum steht, nicht ein Privatinteresse. Denn das Öffentlichkeitsgesetz und die damit einhergehende Transparenz können von Privaten



auch missbraucht werden – um Geschäftsgeheimnisse auszukundschaften etwa. In anderen Ländern gibt's heute Anwaltskanzleien, die sich auf sowas spezialisiert haben. Zum Glück gibt es inzwischen ein Leiturteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, mit dem bei solchen Missbräuchen interveniert werden kann.

LF Ein positives Beispiel dafür habe ich im Solothurner Kantonsrat erlebt: Dort nutzt ein Parlamentarier das Öffentlichkeitsgesetz, um von der Regierung Informationen zu erhalten und die Regierung so zu kontrollieren. Ich finde es gut, wenn PolitikerInnen ihre Kontrollfunktion so wahrnehmen. Da gäbe es noch grossen Spielraum nach oben. In Olten etwa: Dort wird ja immer wieder um die Städtischen Betriebe SBO oder die Aare Energie AG AEN gestritten. Die ParlamentarierInnen lassen sich aber regelmässig mit dem Argument des Geschäftsgeheimnisses abspesen, obwohl die Unternehmen der Stadt gehören. Ich frage mich, warum da niemand aus dem Stadtparlament das Öffentlichkeitsgesetz bemüht.

Kolt Wo sind die blinden Flecken im Kampf um Transparenz heute am grössten?

LF Beim Dokumentennachweis. Es ist von aussen unmöglich zu sagen, welche Dokumente in den Ämtern überhaupt existieren und welche man überhaupt verlangen kann. Es gibt kein Register, nichts.

MS Solche Dokumentennachweis-Systeme sollten auf Bundes- und Kantonsebene umgesetzt werden. In der Schweiz gibt es zudem Organisationen, die zwar privatrechtlich organisiert, aber mit öffentlichen Geldern finanziert sind. Sie fühlen sich dem Öffentlichkeitsprinzip jedoch nicht verpflichtet. Die KantonschemikerInnen etwa, oder verschiedene interkantonale Konferenzen, wie die Konferenzen der Justiz- oder GesundheitsdirektorInnen. Im «Haus der Kantone» in Bern sind etwa 25 Gremien versammelt, die keinem Öffentlichkeitsgesetz unterstehen. Wir versuchen momentan, über die Gerichte auch dort Transparenz einzufordern.

MARTIN STOLL (57)

Martin Stoll arbeitet seit 1985 als Journalist, er schrieb unter anderem für den Tagesanzeiger, Facts und die Sonntagszeitung. 2011 gründete er den Verein Öffentlichkeitsgesetz.ch, der sich für die Umsetzung der Öffentlichkeitsgesetze auf allen Ebenen einsetzt. Stoll ist Geschäftsführer des Vereins und arbeitet als Bundesverwaltungskorrespondent für die Sonntagszeitung. Er ist zudem Vorstandsmitglied des Recherchenetzwerks investigativ.ch und unterrichtet an der Journalismusschule MAZ.